

Medienmitteilung

Thema	Budget 2018: Finanzlage der Stadt weiterhin fragil	
Für Rückfragen	Shaibal Roy, RPK-Mitglied Isabel Garcia, Fraktionspräsidentin	+41 76 336 19 77 +41 79 652 85 19
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich, Postfach 3222, 8021 Zürich, E-Mail info.zurich@grunliberale.ch , www.zurich.grunliberale.ch	
Datum	26. September 2017	

Der Stadtrat budgetiert für 2018 im Vergleich zum Vorjahr ein wiederum höheres Defizit von 41,3 Millionen Franken. Auch wenn wieder über 100 Millionen höhere Steuereinnahmen sprudeln sollen, reichen diese nicht, um das Ausgabenwachstum der prosperierenden Stadt zu decken. Die glp warnt davor, die positive Entwicklung der AFPs für bare Münze zu nehmen. Dies weil mehrheitlich neue finanzielle Belastungen, wegfallende Sondererträge und sich abzeichnende Steuerertragsrückgänge nicht berücksichtigt wurden. Entsprechend wird die glp bestrebt sein, für ein ausgeglichenes Budget 2018 zu sorgen.

Das Ausgabenwachstum auf Basis einer attraktiven und wachsenden Stadt ist nachvollziehbar und insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung sowie beim öffentlichen Verkehr aus Sicht der glp unterstützungswürdig. Dabei fordert die glp den Stadtrat besonders im Bereich Bildung auf, nicht nur beim Personal, sondern auch in der Investitionstätigkeit den Fokus darauf zu legen, mit dem Wachstum auch wirklich Schritt zu halten. Im Bereich Gesundheit ist ein Stellenwachstum in der Pflege wohl unumgänglich. Bei den defizitären Spitälern fehlt es jedoch weiterhin an einer klaren Strategie mit verlässlichen finanziellen Planungswerten. Dennoch ist in der engeren Verwaltung das Kostenwachstum von über 34 Millionen gegenüber 2017 einzudämmen. Hierzu gilt beim Personal festzuhalten, dass die glp einer weiteren Erhöhung der Lohnmatrix auf Basis einer negativen Budgetierung und einer aktuell kaum vorhandener Teuerung kritisch gegenübersteht.

Erfreulich ist zu beobachten, dass die prognostizierten Steuereinnahmen einmal mehr um 100,1 Millionen ansteigen und dies sowohl bei den natürlichen wie auch juristischen Personen. Wenn bei den natürlichen Personen im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018-2021 ein weiteres Wachstum realistisch scheint, dann ist dies aus Sicht der glp bei den juristischen Personen eine sehr gewagte Annahme. Die an sich positive Tendenz der sich ständig verbessernden AFPs betrübt sich damit deutlich. Vielmehr muss wohl mit Mindererträgen durch die Steuervorlage 2017 im Bereich von 100-200 Millionen gerechnet werden. Nicht nur das, zugleich schröpft der Kanton die erfolgreiche Stadt weiter mit den Massnahmen aus der Leistungsüberprüfung 2016 sowie dem erhöhten kantonalen Ressourcenausgleich über 47,3 Millionen aufgrund des überproportionalen Steuerkraftanstiegs.

Umso wichtiger scheint es, die gute Ausgangslage mit einem Eigenkapital von 949,6 Millionen zu schützen, weil der AFP bereits ohne jegliche Berücksichtigung der erwähnten negativen Effekte das Eigenkapital bis 2021 auf 582 Millionen schmelzen lässt. Auf jeden Fall auf dem Radar muss die Flughafenantik bleiben, welche sich auf einem ungebremsten Höhenflug befindet. Sollte diese mal die Flughöhe nach unten anpassen, wird dies einen direkt spürbaren Druckabfall auf die Eigenkapitaldecke bewirken – dies hinterlässt ein flausches Magengefühl bei den Grünliberalen. Der Stadtrat schlägt bei der Anpassung der Rechnungslegungsvorschriften an die kantonalen Vorgaben vor, von einer Neubewertung des Verwaltungsvermögens abzusehen, weil diese Neubewertung zwar einen durchaus positiven Effekt auf das Eigenkapital zur Folge hätte, jedoch auch erhöhte Abschreibungen von rund 70 Millionen. Die glp wird eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile mit Blick auf langfristige Budget- und Steuerfußstabilität vornehmen – diese Vorlage ist so noch nicht vom Tisch.

Die Stadt Zürich benötigt einen langfristig stabilen Steuerfuß als Standortfaktor für die wachsende Stadtbevölkerung und ebenso eine kontinuierlich hohe Investitionstätigkeit in die städtische Infrastruktur. Hierbei soll ein aktuell erfreulicher Selbstfinanzierungsgrad von 71% möglichst erhalten bleiben, welcher aber gemäss AFP eine unerwünschte negative Tendenz bis sogar unter 49% per 2021 aufzeigt. Der starke Anstieg an Investitionstätigkeit ist erwünscht, jedoch muss der Stadtrat aufzeigen können, dass Projekte auch mit weniger Geld und ohne ‚Züri Finish‘, dafür mit neuen innovativen Ideen getätigt werden können. Die glp wird wo nötig und sinnvoll entsprechend intervenieren und auch eigene Vorschläge einbringen.

Eine erste Massnahme im Rahmen des Budget 2018 werden die Bestrebungen der glp sein, das veranschlagte Budget in eine schwarze Null zu korrigieren. Doch damit fängt die Arbeit erst an....